

Allein unter Raubtieren

Die Schweiz hat keine Aussenpolitik, sondern wurstelt sich kleinkariert durch. Das rächt sich im Zollstreit mit Trump. Das Ende der liberalen Weltordnung trifft den Kleinstaat mit aller Wucht. Von Eric Gujer

Wer einen Konflikt ausricht wie die Schweiz mit den USA, sollte drei Dinge kennen: sich selbst, den Gegner und das Schlachtfeld. Dieses umfasst nicht nur die Handelspolitik. Es geht auch nicht um die Gefühlslage eines Präsidenten. Der Anlass der jüngsten Krise ist zwar ein Gespräch zwischen Donald Trump und Karin Keller-Sutter, das die Schweizer Bundespräsidentin offenkundig vermasselt hat. Ein insistierender und selbstbewusster Ton kommt nun einmal nicht gut an bei dem Nazis im Weissen Haus. Dort ist Keller-Sutter jetzt Persona non grata. Doch die eigentlichen Ursachen liegen tiefer. Die Schweiz sollte das Debakel nicht als einmaligen Ausrutscher nach einer ungeschickten Verhandlungsführung abtun.

Schlaumeier im Krisenmodus

Bern spürt mit der Verzögerung von einigen Jahren die Folgen eines Erdbebens in den gesamten internationalen Beziehungen. Die Ära der Freiheit, die mit dem Fall der Berliner Mauer so hoffnungsfröhlich begonnen hatte, ist kollabiert. In dieser Epoche wurden Konflikte auf der Basis von Regeln und in multilateralen Organisationen wie der Uno und der WTO ausgetragen. Der Freihandel erklimmte neue Rekorde. Amerika dominierte und stabilisierte das System. Die einzige Supermacht erwies sich als zuverlässlicher Partner.

Diese liberale Weltordnung ist unwiderruflich zu Ende gegangen. Was einmal ein geordnetes Spielfeld war, ist nun im übertragenen wie im wörtlichen Sinn ein Schlachtfeld. Große Mächte erkennen die bestehenden Regeln nicht mehr an. In der Ära des Dschungels herrscht das Recht des Stärkeren. Die USA verhalten sich nicht mehr als Garant und Stabilisator der Ordnung, sondern sind selbst das grösste Raubtier im Urwald.

Die Schweiz trifft diese Zeitenwende besonders hart. In dem regelbasierten System konnte sie ihr Erfolgsmodell einer offenen, exportorientierten Wirtschaft perfektionieren. Niemand verdient an der Globalisierung wie das Land, das selbst auf Vielfalt und Ausgleich beruht. Zugleich verschloss die Schweiz die Augen davor, wie verletzlich sie ist:

Profiteurin einer Ordnung, die sie selbst nicht erschaffen hatte und die zu erhalten sie zu schwach ist. Die Eidgenossenschaft ist wirtschaftlich ein Riese, aber politisch und militärisch ein Zwerg. Das sind die schlechtesten Voraussetzungen, um in einem Dschungel zu bestehen, in dem Grossmächte rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen.

Seit je bewegen sich die Schweizer wie Schlafwandler durch die internationalen Krisen. Was geht uns das an? Diese Frage prägt die helvetische Aussenpolitik. Weil wir neutral sind, uns aus fremden Händeln heraushalten und nur unsere Geschäfte machen wollen, glauben wir, dass alle uns respektieren und schätzen. «Sister republic» – die kleine Schweiz und das grosse Amerika, verbunden durch ihre Liebe zur Freiheit und zur Demokratie. Solche Schmeicheleien hielten viele für bare Münze. Der Realitätsverlust zeigte sich schon beim Streit mit Washington um die nachrichtenlosen Konten genauso wie beim Ende des Bankgeheimnisses.

Auch diesmal ignorierte die Schweiz die Flammenschrift an der Wand. Was das Land jetzt erleidet, hat eine Vorgeschichte. Denn die liberale Ordnung erodiert seit langem. China und Russland kritisieren das bestehende System als unipolares Diktat der Amerikaner. Zugleich sind die revisionistischen Mächte zu stark geworden, als dass die USA diese noch in die Schranken weisen könnten. Washington verhält sich daher wie seine Gegner und setzt egoistisch seine Interessen auf Kosten Schwächerer durch.

Das ist die Arena, in der sich die Schweiz bewähren und beweisen muss. Wer gestern ein Freund war, ist heute ein Rivale. In dieser Arena hängt zudem alles mit allem zusammen. So ist es ein Irrtum, zu glauben, dass der Ukraine-Krieg Bern nichts angehe. Wieder spielt man den Schlaumeier, der absitssteht und profitiert: keine Waffenlieferungen an die europäischen Partner, keine höheren Verteidigungsausgaben, aber eine faktische Sicherheitsgarantie der Nato. Wer sich als Eigenbrötler so um seinen Ruf foutiert, macht sich zur leichten Beute der Raubtiere. Er muss bei Waffenkaufen hinten anstehen, er bekommt fette Zölle aufgebrummt. Die Schweiz sollte sich nicht selbst betrügen. Was sie mit Trump erlebt, wird kein Einzelfall bleiben.

Auch China und andere beherrschen die Gesetze des Dschungels.

Wenn man allein ist, muss man umso wachsamer sein und seine Gegner sorgfältig studieren. Trump wird gerne mit Putin verglichen, was meist Unsinn ist, in einem Punkt aber zutrifft. Beide sehen die Welt als Nullsummenspiel. Was der eine gewinnt, muss der andere verlieren. Trump hat ein grosses Problem: das Gesundheitswesen. Seine Big Beautiful Bill reduziert die Subventionen für Rentner und Arme, und so braucht er einen sozialen Ausgleich. Nichts scheint leichter, als die ausländischen Pharmafirmen zur Kasse zu bitten, die auf dem amerikanischen Markt die höchsten Preise durchsetzen. Die vorläufige Zollbefreiung für die Konzerne ist nur das Vorspiel, um diese zum Nachgeben zu zwingen: Kostensenkungen in Amerika und höhere Preise in Europa. Der eine gewinnt, der andere verliert. Auf seine Art ist Trump berechenbar.

Daher war zu erwarten, dass der Präsident die Schweiz ins Visier nimmt, weil diese so viele Medikamente in die USA exportiert. Doch die Schweizer Regierung versäumte es, zum Ausgleich bombastisch wirkende Konzessionen anzubieten. Die Europäer hingegen taten dies und hatten damit doppelten Erfolg: als EU im Zollstreit und in der Nato. Man sagt, der Schweiz seien solche fragwürdigen Deals fremd, weil sie sich an die Spielregeln halte. Dann sollte sie rasch die neue Regel lernen: Korrekt war gestern, Vereinbarungen und Normen gelten nur beschränkt.

Heute ist es wichtiger denn je, sich selbst richtig einzuschätzen. Stärke und Schwäche der Schweiz zugleich ist die einzigartige Dichte an Grosskonzernen: Roche, Novartis, Nestlé oder UBS. Diesen Vorteil muss man verteidigen und nicht wie der Bundesrat bekämpfen – etwa mit besonders strengen Auflagen für die letzte Grossbank.

Wenn die UBS zu gross ist für die Schweiz, sind es die Pharmariesen auch. Schon heisst es, diese nähmen die anderen Branchen in Geiselhaft, die nun die Zollzeche zahlen müssten. Das eine ist so falsch wie das andere. Die Schweiz sollte ihre «Monsterfirmen» pflegen. Andere wissen, was sie wert sind. So versucht die US-Regierung, die UBS nach New York zu lotsen. Doch die helvetische

Innenpolitik ergeht sich in dem Streit, ob die Bank demütig genug auftritt. So viel Kleinkariertheit wird der Lage nicht gerecht, in der die Konkurrenz mit allen Mitteln kämpft. Die Schweiz benötigt eine Grand Strategy. Diese muss die europäische Sicherheit genauso berücksichtigen wie die wirtschaftlichen Stärken des Landes oder die geopolitische Konstellation. Wird alles zusammengeführt, stärkt das die Widerstandskraft der Schweiz. Doch das Silo-Denken dominiert, besonders im Bundesrat, wo jedes Departement für sich allein wurstelt.

Gemütlicher Dampfer

Grundlage jeder Strategie ist die Frage, was die Schweiz sein will, um in den Stürmen der Gegenwart zu bestehen: ein Schnellboot, allein und flink, oder ein Kreuzer im Schutz eines Geleitzugs? Das Schnellboot-Szenario verspricht grösstmögliche Souveränität. Das Boot muss allerdings wirklich schnell sein, und das heisst: maximal wettbewerbsfähig. Als saturierter Sozialstaat ähnelt die Schweiz eher einem gemütlichen Ausflugsdampfer. So ist sie nicht in der Lage, ihr antiquiertes Arbeitszeitregime zu modernisieren. Heutige Wissensarbeiter werden behandelt wie Industriearbeiter vor hundert Jahren. Zuverlässig kuscht die Regierung vor den Gewerkschaften. Die direkte Demokratie torpediert überdies alle Versuche, das Rentenalter an die demografische Realität anzupassen.

Das Schnellboot bleibt ein libertärer Wunschtraum. Der Geleitzug hingegen bietet Sicherheit. Der Zollhammer zeigt, welche Risiken der Alleingang birgt. Souveränität hat ihren Preis, der sich jetzt genau beziffern lässt: 24 Prozentpunkte. Das ist die Differenz zwischen dem Zollsatz für die Schweiz und jenem für die EU. Eine allein auf den Souveränitätsverzicht fokussierte Debatte über das mit Brüssel ausgehandelte Vertragspaket greift zu kurz. Die Überlegung, wie sich die Schweiz in der neuen Weltordnung positioniert, gehört zwingend dazu. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU ist eine Rückversicherung in einer unberechenbaren Welt. Wer das nicht wenigstens in Betracht zieht, hat aus dem Debakel mit Trump nichts gelernt.